

Klimaschutz: Ein klares "Nicht genügend" für Regierungspolitik von Rechnungshof und Umweltbundesamt Pröll will Durchgriffsrecht bei Klima

- Rechnungshof: "Kyoto-Ziele wackeln."
- Pröll: "Schluss mit Kompetenzwarr.".
- Am Donnerstag Klimaschutzgipfel der Regierung.

Wien. (wh) Angriff ist die beste Verteidigung, dachte sich am Montag offensichtlich Umweltminister Josef Pröll. An diesem Tag luden Rechnungshof und Umweltbundesamt zur Zeugnisverteilung für die Politik beim Klimaschutz. Dessen Urteil in Kürze: Nicht genügend.

Die Erreichung der von der Regierung vertraglich vereinbarten Klimaschutzziele im Rahmen des internationalen Kyoto-Abkommens sei, so zitieren "Standard" und ORF-Radio aus den Berichten, "insgesamt unwahrscheinlich". Insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wohnbau – Stichwort Wärmedämmung – ist man von den angepeilten Emissionsrückgängen weit entfernt. Damit dürfte wohl die Grundlage für spannungsreiche Diskussionen am Donnerstag gelegt sein, wenn die Regierung zum zweiten Klimaschutzgipfel lädt.

Es geschah vor diesem Hintergrund, dass sich Pröll entschloss, in der Klimadebatte die Flucht nach vorn anzutreten und also sprach: "So kann es nicht weiter gehen. Klimaschutz ist nicht die One-Man-Show des Umweltministers", erklärte der Minister im Ö1-"Morgenjournal". Mittels eines gesetzlichen Durchgriffsrechts will er sich nun umfassende Kompetenzen in der Klimaschutzpolitik sichern. An einem entsprechenden Gesetzesentwurf werde bereits gearbeitet.

Zur Untermauerung seiner Forderung hat Pröll auch ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das die wirren Zuständigkeiten in diesem Bereich aufzeigt. Dieses kommt zum Schluss, dass eine "ausgeprägte Kompetenzzersplitterung" gegeben sei und die Verantwortung auf eine Vielzahl von Einzelzuständigkeiten zwischen Bund und Länder verteilt ist. Hier dürfte vor allem die von den Ländern verwaltete milliardenschwere Wohnbauförderung ein neuralgischer Punkt sein.

Strafzahlungen drohen

Ausnahmsweise einer Meinung mit Pröll ist in diesem Punkt der Klimaschutzbeauftragte von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Andreas Wabl. Der ehemalige Grün-Mandatar hält ein derartiges Klimagesetz mit klaren Regeln für überfällig. Zur Kritik an der Klimaschutzpolitik meint er, dass es jetzt endlich auch amtlich sei, dass Österreich das Kyoto-Ziel verfehlen werde.

In den Berichten kommen auch die drohenden Strafzahlungen bei Nichterreichen des Kyoto-Ziels zur Sprache: Auf EU-Ebene könnte ein Vertragsverletzungsverfahren mit 100 Euro pro verfehelter Tonne CO₂-Reduktion zu Buche schlagen, so der RH. Geht man von zehn Millionen Tonnen Überschuss aus, wären das Kosten von einer Milliarde Euro.

Das Umweltbundesamt kritisiert, dass von den in der Klimastrategie vorgesehenen Maßnahmen der einzelnen Verursachergruppen bis Ende 2007 "fast zwei Drittel nur in Teilaspekten oder nicht umgesetzt" wurden. Beim Fortschritt zur Erreichung des Kyoto-Ziels

beziehungsweise bei der Abweichung vom Kyoto-Zielpfad liege Österreich im EU-Vergleich "an zweitletzter Stelle".

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3858&Alias=wzo&cob=339685¤tpage=1>